

Externe Stellenausschreibung Reg.-Nr. 3-10574/24-D

Modern, vernetzt, traditionsbewusst: Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) ist die größte Hochschule des Landes Sachsen-Anhalt. Sie kann auf eine Geschichte von über 500 Jahren zurückblicken und hat heute rund 20.000 Studierende. Die Forschungsschwerpunkte der MLU liegen in den Material- und Biowissenschaften, der Aufklärungs- sowie der Gesellschafts- und Kulturforschung. Darüber hinaus beherbergt die Universität eine Vielzahl Kleiner Fächer unter ihrem Dach, die zum Teil einzigartig sind. National wie international ist die MLU hervorragend vernetzt und kooperiert mit zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, über 250 Hochschulen und der Wirtschaft.

An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Juristischer Bereich, Lehrstuhl für Deutsches, Europäisches und Internationales Öffentliches Recht, ist ab dem 01.10.2024 die auf bis zu 3 Jahre befristete Stelle einer*ein

Wissenschaftlichen Mitarbeiterin*Mitarbeiters (m-w-d)

in Teilzeit (65 %) zu besetzen.

Die Vergütung erfolgt je nach Aufgabenübertragung und Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen bis zur Entgeltgruppe 13 TV-L.

Die Stelle ist Teil der International Max Planck Research School "Global Multiplicity: A Social Anthropology for the Now" (IMPRS-GM, <https://www.imprs-gm.mpg.de>), einer Kooperation zwischen dem Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Universität Leipzig und der FAU Erlangen-Nürnberg.

Die Stelle ist an der Martin-Luther-Universität in die Forschung am Lehrstuhl von Prof. Dr. Dirk Hanschel zum Thema der Umweltgerechtigkeit und in die IMPRS-GM Themengruppe "Legal Complexity and Justice" integriert, die sich aus der Perspektive von Recht und Ethnologie mit komplexen globalen Herausforderungen wie der Umweltzerstörung, grenzüberschreitender Migration, oder auch der Digitalisierung des Rechtsdenkens beschäftigt. Diesen Herausforderungen lässt sich nur durch eine Vielfalt von Perspektiven begegnen, die das Recht in seinem sozialen und kulturellen Kontext betrachten (<https://www.imprs-gm.mpg.de/legal-complexity-and-justice>)

Innerhalb dieses Rahmens soll das rechtswissenschaftliche Promotionsprojekt auf ethnographische Methoden zurückgreifen und erkennbar interdisziplinär ausgerichtet sein. Dabei ist eine thematische Ausrichtung auf Fragen der Umweltgerechtigkeit, wie sie derzeit am Lehrstuhl sowie im Rahmen des Max Planck Fellowship zum Thema „Umweltrechte im kulturellen Kontext“ untersucht werden, erwünscht (<https://www.eth.mpg.de/5307821/mpfg03>). Ein hohes Maß an Reflexivität sowie die Offenheit für kollaborative Formate werden vorausgesetzt.

Arbeitsaufgaben:

- Teilnahme an intensiven, strukturierten Lehr- und Arbeitsprogramm der IMPRS-GM sowie an der Forschung am Lehrstuhl als Bestandteil des Promotionsvorhabens
- Durchführung der Promotionsforschung einschließlich möglicher Feldforschung, unterstützt durch die IMPRS-GM
- Administrative Tätigkeiten für den Lehrstuhl

- Lehrverpflichtungen am juristischen Bereich auf der Grundlage der MLU-Regularien (durchschnittlich 2,6 SWS)
- Möglichkeit zur eigenen wissenschaftlichen Qualifizierung (Promotion) ist gegeben

Voraussetzungen:

- abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften oder des Rechts (LL.M.) mit einem zur Promotion qualifizierenden Abschluss, vorzugsweise mit Schwerpunktsetzung im Bereich des öffentlichen Rechts, insbesondere des Völker- und Europarechts
- Fähigkeit/Interesse, in einem Forschungsteam zu arbeiten
- Interesse am Forschungsthema Umweltgerechtigkeit
- Bereitschaft zur vertieften Beschäftigung mit der Ethnologie und zum Einsatz ethnographischer Methodik in der rechtswissenschaftlichen Arbeit
- Sprachkenntnisse in Englisch C1 (fachkundig) erforderlich und Deutsch B1 (fortgeschrittenen Sprachanwendung) wünschenswert

Bewerbungen von Schwerbehinderten werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt. Frauen werden nachdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Bewerber*innen mit einem Abschluss, der nicht an einer deutschen Hochschule erworben wurde, müssen zum Nachweis der Gleichwertigkeit eine Zeugnisbewertung für ausländische Hochschulqualifikationen (Statement of Comparability for Foreign Higher Education Qualifications) der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (<https://www.kmk.org/zab/central-office-for-foreign-education>) vorlegen.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Herrn Prof. Dr. Dirk Hanschel, Tel.: 0345 55-23170,
Email: dirk.hanschel@jura.uni-halle.de

Ihre Bewerbung richten Sie bitte unter Angabe der Reg.-Nr. 3-10574/24-D mit nachfolgenden Unterlagen bis zum 29. Oktober an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Deutsches, Europäisches und Internationales Öffentliches Recht, Prof. Dr. Dirk Hanschel, 06099 Halle (Saale).

- Untersriebenes Anschreiben, in dem Sie Ihr Interesse und Ihre Eignung für die Mitarbeit am Forschungsthema der Umweltgerechtigkeit und der IMPRS-GM-Gruppe „Legal Complexity and Justice“ erläutern
- Lebenslauf (ggf. mit einer Publikationsliste)
- Vorschlag für ein Dissertationsprojekt mit Angaben zum Stand der Vorbereitung, zur Methodik und einem möglichen Zeitplan, ca. 3-5 Seiten (ohne Literaturangaben)
- Zeugnisse und Notenabschriften

Die Ausschreibung erfolgt unter Vorbehalt eventueller haushaltsrechtlicher Restriktionen.

Bewerbungskosten werden von der Martin-Luther-Universität nicht erstattet. Bewerbungsunterlagen werden nur zurückgesandt, wenn ein ausreichend frankierter Rückumschlag beigefügt wurde. Eine elektronische Bewerbung ist erwünscht.